Das Ende des indischen Traums

Kaschmir und die Hunde des Krieges

Von Arundhati Roy

Der Protest hallt wider von den Straßen Chiles, Kataloniens, Großbritanniens, Frankreichs, des Iraks, des Libanons und Hongkongs. Eine neue Generation empört sich darüber, was ihrem Planeten angetan wurde. Dennoch mögen Sie es mir nachsehen, wenn ich von einem Ort spreche, an dem die Straßen von etwas ganz anderem übernommen worden sind. Es gab eine Zeit, als der Dissens eines der hervorragendsten Exportgüter Indiens war. Doch heute, selbst angesichts des anschwellenden Protests im Westen, sind unsere großen antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegungen für soziale und ökologische Gerechtigkeit großteils verstummt. Das gilt für die Märsche gegen die großen Staudämme, gegen die Privatisierung und Ausplünderung unserer Flüsse und Wälder sowie gegen die massenhaften Vertreibungen und die Entfremdung der Heimat der Indigenen.

Am 17. September des vergangenen Jahres beschenkte Premierminister Narendra Modi sich zu seinem 69. Geburtstag selbst mit dem bis zum Rand gefüllten Reservoir des Sardar-Sarovar-Staudamms. Derweil sahen Tausende von Dorfbewohnern, die den Damm über 30 Jahre lang bekämpft hatten, ihre Häuser im steigenden Wasser verschwinden. Es war ein höchst symbolischer Moment.

Im heutigen Indien überkommt uns am helllichten Tage eine Schattenwelt. Es wird immer schwerer, das Ausmaß der Krise zu kommunizieren, selbst untereinander. Eine akkurate Beschreibung läuft Gefahr, wie eine Übertreibung zu klingen. Und daher pflegen wir – um der Glaubwürdigkeit und der guten Manieren willen – jene Kreatur, die ihre Zähne in uns geschlagen hat. Wir kämmen ihr Haar aus und wischen ihr das triefende Maul ab, um sie in vornehmer Gesellschaft ansehnlicher zu machen. Indien ist bei weitem nicht der schlimmste oder gefährlichste Ort auf Erden – zumindest noch nicht. Aber die Kluft zwischen dem, was es sein könnte, und dem, was es geworden ist, macht es zum vielleicht tragischsten Ort der Welt.

Gerade jetzt sind sieben Millionen Menschen im Kaschmir-Tal – die überwiegend nicht Bürger Indiens sein wollen und jahrzehntelang für ihr Recht

Der Beitrag basiert auf der "Jonathan Schell Memorial Lecture on the Fate of the Earth" des Type Media Center und der Gould Family Foundation, die Arundhati Roy am 12. November 2019 am "Cooper Union"-College in New York City gehalten hat. Der Text erschien vorab auf Englisch auf www.thenation.com. Die Übersetzung stammt von Steffen Vogel.

auf Selbstbestimmung gekämpft haben – von einer digitalen Belagerung und der weltweit dichtesten militärischen Besatzung eingeschlossen. Gleichzeitig mussten im östlichen Bundesstaat Assam nahezu zwei Millionen Menschen – die sich danach sehnen, zu Indien zu gehören – feststellen, dass ihre Namen im National Register of Citizens (NRC) fehlen und dass ihnen die Staatenlosigkeit droht. Die indische Regierung hat ihre Absicht verkündet, das NRC auf den Rest des Landes auszudehnen. Ein Gesetz wurde bereits auf den Weg gebracht, das am Ende eine Staatenlosigkeit von bisher ungekanntem Ausmaß hervorbringen könnte.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Die ersten Opfer der Klimakrise

Im Westen treffen die Reichen ihre Vorkehrungen für die kommende Klimakatastrophe. Sie bauen Bunker und lagern Vorräte an Essen und sauberem Wasser ein. In armen Ländern – und Indien ist zwar die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, aber beschämenderweise immer noch ein armes und hungriges Land – werden andere Vorkehrungen getroffen. Indiens Annexion von Kaschmir am 5. August 2019 erklärt sich auch damit, dass die indische Regierung dringend den Zugang zu den fünf Flüssen sichern will, die durch den Bundesstaat Jammu und Kaschmir fließen. Und das NRC, das ein System abgestufter Staatsbürgerschaft schaffen wird, in dem einige Bürger mehr Rechte haben als andere, dient auch der Vorbereitung auf eine Zeit, in der die Ressourcen knapp werden. Denn die Staatsbürgerschaft ist, in der bekannten Formulierung Hannah Arendts, das Recht, Rechte zu haben.

Die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden zu den ersten Opfern der Klimakrise – und sind es tatsächlich schon geworden. Ich werde versuchen, etwas genauer zu erklären, wie dies geschieht – und dass in Indien jenes moderne Managementsystem, das diese sehr moderne Krise handhaben soll, in den abscheulichen, gefährlichen Sedimenten unserer Geschichte wurzelt.

Die Gewalt der Inklusion und die Gewalt der Exklusion sind Vorboten einer Erschütterung, die die Fundamente Indiens verschieben könnte – und seine Bedeutung wie seinen Platz in der Welt verändern könnte. Unsere Verfassung bezeichnet Indien als eine "sozialistische säkulare demokratische Republik". Wir verwenden das Wort "säkular" allerdings etwas anders als der Rest der Welt – für uns ist es ein Code für eine Gesellschaft, in der alle Religionen vor dem Gesetz den gleichen Stellenwert besitzen. In der Praxis ist Indien nie säkular oder sozialistisch gewesen. Es hat immer als ein Hindustaat der oberen Kasten funktioniert. Aber der eingebildete Säkularismus, wie heuchlerisch er auch sein mag, ist das einzige Bruchstück von Geschlossenheit, das Indien überhaupt möglich macht. Diese Heuchelei war das Beste, was wir hatten. Ohne sie wird Indien enden.

In seiner Dankesrede vom Mai 2019, nachdem seine Partei eine zweite Amtszeit errungen hatte, prahlte Modi, kein Politiker gleich welcher Partei habe es gewagt, im Wahlkampf das Wort "Säkularismus" zu benutzen. Das

Reservoir des Säkularismus, sagte Modi, sei nun leer. Damit ist es offiziell. Indien befindet sich im Leerlauf. Und wir lernen, wenn auch zu spät, die Heuchelei schätzen. Denn mit ihr einher geht ein Überbleibsel, zumindest eine Vortäuschung, eines überlieferten Anstands.

Die »epochale Revolution« der Hindu-Nationalisten

Indien ist nicht wirklich ein Land. Es ist ein Kontinent. Komplexer und diverser, mit mehr Sprachen – 780 bei der letzten Zählung, ohne Dialekte –, mehr Nationalitäten und Unter-Nationalitäten, mehr indigenen Stämmen und Religionen als ganz Europa. Stellen Sie sich vor, dass dieser gewaltige Ozean, dieses fragile, widerspenstige gesellschaftliche Ökosystem plötzlich von einer Organisation für die Vorherrschaft der Hindus beschlagnahmt wird, deren Doktrin lautet: ein Land, eine Sprache, eine Religion, eine Verfassung.

Ich spreche von der RSS, der 1925 gegründeten Rashtriya Swayamsevak Sangh, dem Mutterschiff der herrschenden Bharatiya Janata Party (BJP). Ihre Gründerväter waren stark vom deutschen und italienischen Faschismus beeinflusst. Sie zogen eine Verbindung zwischen indischen Muslimen und deutschen Juden und glaubten, für Muslime gebe es in einem hinduistischen Indien keinen Platz. Die heutige RSS distanziert sich in ihrer typischen Chamäleonsprache zwar von dieser Sichtweise. Aber in ihrer Ideologie firmieren Muslime als verräterische permanente "Außenseiter", was in den öffentlichen Reden von BJP-Politikern als ewige Leier auftaucht und in den erschreckenden Parolen randalierender Mobs seinen Ausdruck findet. Ein Beispiel: "Mussalman ka ek hi sthan – Kabristan ya Pakistan" (Für Muslime gibt es nur einen Platz – der Friedhof oder Pakistan). Im Oktober 2019 erklärte der oberste Führer der RSS: "Indien ist eine hinduistische Rashtra" – eine hinduistische Nation. "Das ist nicht verhandelbar."

Diese Idee verwandelt alles, das an Indien schön ist, in Säure.

Die RSS spricht von einer epochalen Revolution, in der die Hindus endlich Jahrhunderte der Unterdrückung durch die früheren muslimischen Herrscher Indiens beiseite fegen würden. Doch das gehört zu ihrem Projekt der Geschichtsfälschung. Denn in Wahrheit stammen Millionen indischer Muslime von Menschen ab, die zum Islam konvertierten, um dem grausamen Kastenwesen des Hinduismus zu entkommen.

Wenn Nazi-Deutschland ein Land war, das seine Phantasien einem Kontinent (und nicht nur diesem) aufzwingen wollte, so ist der Impuls des RSSgeführten Indiens in gewisser Weise genau entgegengesetzt: ein Kontinent, der sich auf ein Land zu schrumpfen versucht. Nicht einmal auf ein Land, sondern auf eine Provinz. Eine primitive, ethno-religiöse Provinz. Das entpuppt sich als ein unvorstellbar gewalttätiger Prozess.

Keine der Organisationen für eine weiße Vorherrschaft, keine der Neonazigruppen, die in der heutigen Welt auf dem Vormarsch sind, kann sich jener Infrastruktur und Menschenkraft rühmen, über die die RSS verfügt. Sie hat 57 000 shakhas (Zweigstellen) überall im Land und eine bewaffnete,

treue Miliz aus 600 000 "Freiwilligen". Sie betreibt Schulen, in denen Millionen von Kindern eingeschrieben sind, und verfügt über ihre eigenen medizinischen Missionen, Gewerkschaften, Bauernverbände, Medien und Frauengruppen. Jüngst kündigte sie die Eröffnung einer Rekrutenschule für jene an, die in die indische Armee eintreten wollen. Unter ihrem bhagwa dhwaj (dem Safran-Wimpel) konnte eine Unzahl rechtsradikaler Organisationen, bekannt als die Sangh Parivar - die "Familie" der RSS - wachsen und gedeihen. Diese Organisationen - die politischen Äquivalente von Briefkastenfirmen – sind für schockierend gewalttätige Angriffe auf Minderheiten verantwortlich, bei denen über die Jahre tausende Menschen ermordet wurden.

Narendra Modi: Ein Geschöpf der RSS

Premierminister Narendra Modi ist schon sein ganzes Leben RSS-Mitglied. Er ist ein Geschöpf der RSS. Obwohl er kein Brahmane ist, zeichnet er mehr als jeder andere dafür verantwortlich, sie zur mächtigsten Organisation Indiens gemacht und das bisher glorreichste Kapitel ihrer Geschichte geschrieben zu haben. Es ist ermüdend, die Geschichte von Modis Aufstieg zur Macht ständig wiederholen zu müssen, aber die offiziell sanktionierte Amnesie, die sie umgibt, macht die Wiederholung beinahe zur Pflicht.

Modis politische Karriere nahm im Oktober 2001 an Fahrt auf, nur Wochen nach den Anschlägen des 11. September, als die BJP den gewählten Ministerpräsidenten des Bundesstaates Gujarat abzog und Modi an seine Stelle setzte. Er gehörte zu diesem Zeitpunkt nicht einmal dem Parlament dieses Staates an. Drei Monate nach seinem Amtsantritt ereignete sich ein abscheulicher, aber mysteriöser Brandanschlag, bei dem 59 Hindu-Pilger in einem Zug verbrannten. Aus "Rache" kam es im ganzen Staat zu planmäßigen Ausschreitungen von hinduistischen Bürgerwehr-Mobs. Schätzungen zufolge wurden 2500 Menschen, nahezu ausschließlich Muslime, am helllichten Tag ermordet. Auf offener Straße kam es zu Gruppenvergewaltigungen von Frauen, und Zehntausende wurden aus ihren Häusern vertrieben. Unmittelbar nach dem Pogrom rief Modi Wahlen aus. Er gewann nicht trotz des Massakers, sondern deswegen – und wurde drei Mal in Folge als Ministerpräsident wiedergewählt.

Als Modi 2014 für das Amt des indischen Premierministers kandidierte – ebenfalls begleitet von einem Massaker an Muslimen, dieses Mal im Distrikt Muzaffarnagar im Bundesstaat Uttar Pradesh –, fragte ihn ein Reuters-Journalist, ob er das Pogrom von 2002 in Gujarat bedauere. Modi antwortete, er würde selbst den Tod eines Hundes bedauern, wenn dieser versehentlich unter die Räder seines Autos geriete. Da war sie, die reine, sorgsam eingeübte RSS-Sprache.

Modis Vereidigung als 14. Premierminister Indiens wurde nicht nur von seinen hindu-nationalistischen Anhängern gefeiert, sondern auch von den wichtigsten Industriellen und Geschäftsleuten des Landes, von vielen indischen Liberalen und den internationalen Medien. Ihnen galt er als Inbegriff von Hoffnung und Fortschritt, ein Retter im safrangelben Geschäftsanzug, der in seiner Person den Zusammenfluss von Antike und Moderne verkörperte – des Hindu-Nationalismus und des hemmungslosen marktliberalen Kapitalismus.

Wie Modi unsere Liebe auf den Prüfstand stellt

Beim Hindu-Nationalismus konnte Modi seine Versprechen einhalten, aber an der marktliberalen Front geriet er schwer ins Straucheln. Mit einer Reihe von Patzern zwang er Indiens Wirtschaft in die Knie. So verkündete er 2016, etwas mehr als ein Jahr nach seinem Amtsantritt, dass von diesem Augenblick an alle 500- und 1000-Rupien-Scheine – über 80 Prozent der im Umlauf befindlichen Währung – nicht länger ein gesetzliches Zahlungsmittel seien. In diesem Ausmaß hatte es so etwas noch in keinem Land gegeben. Weder der Finanzminister noch der wichtigste Wirtschaftsberater schienen eingeweiht. Diese "Demonetisierung", sagte Modi, sei ein "chirurgischer Schlag" gegen Korruption und Terrorfinanzierung. Tatsächlich war es reine ökonomische Scharlatanerie, ein Hausrezept, das an einem Land mit mehr als einer Milliarde Menschen erprobt wurde. Es erwies sich als völlig verheerend. Aber es gab keine Krawalle. Keine Proteste. Die Leute standen widerspruchslos stundenlang vor den Banken in der Schlange, um ihre alten Geldscheine einzuzahlen – die einzig verbliebene Möglichkeit, sie einzulösen. Kein Chile, Katalonien, Libanon, Hongkong. Beinahe über Nacht gingen Jobs verloren, kam das Baugewerbe zum Stillstand und machten kleine Betriebe einfach zu.

Manche von uns glaubten törichterweise, dieser Akt unvorstellbarer Hybris wäre Modis Ende. Wie falsch wir damit lagen. Die Menschen freuten sich. Sie litten – aber freuten sich. Es war, als ob Schmerz sich in Vergnügen verwandelt habe. Als seien ihre Leiden die Geburtswehen, aus denen bald das glorreiche, wohlhabende Hindu-Indien hervorgehen würde.

Die meisten Ökonomen sind sich einig, dass die Demonetisierung im Verbund mit der neuen Steuer auf Waren und Dienstleistungen, die Modi kurz darauf ankündigte – mit dem Versprechen "ein Land, eine Steuer" –, das politische Äquivalent zum Schuss in die Reifen eines beschleunigenden Autos waren. Selbst die Regierung räumt ein, dass die Arbeitslosigkeit so hoch ist wie seit 45 Jahren nicht mehr. Im Welthunger-Index rangiert Indien auf Platz 102 von 117 Ländern (Nepal auf 73, Bangladesch auf 88 und Pakistan auf 94).

Aber bei der Demonetisierung ging es nie nur um Ökonomie. Sie war ein Loyalitätstest, eine Prüfung unserer Liebe, der uns der große Anführer unterzog. Würden wir ihm folgen, würden wir ihn immer lieben, komme, was wolle? Wir bestanden mit Bravour. In dem Moment, da wir als Volk die Demonetisierung akzeptierten, infantilisierten wir uns und ergaben uns einem Westentaschen-Autoritarismus.

Doch was schlecht für das Land war, erwies sich für die BJP als exzellent. Zwischen 2016 und 2017, als die Wirtschaft baden ging, wurde sie die reichste

politische Partei der Welt. Ihre Einnahmen stiegen um 81 Prozent, wodurch sie fünf Mal so reich wurde wie ihr Hauptrivale, die Kongress-Partei, deren Einnahmen um 14 Prozent sanken. Kleinere politische Parteien gingen praktisch pleite. Dank dieser Kriegskasse gewann die BJP die wichtige Wahl im Bundesstaat Uttar Pradesh, und die indische Parlamentswahl 2019 wurde zum Rennen zwischen einem Ferrari und ein paar alten Fahrrädern. Und da es bei Wahlen zunehmend um Geld geht, dürfte es in naher Zukunft kaum noch Chancen auf einen freien und fairen Urnengang geben. Vielleicht war die Demonetisierung letzten Endes also gar kein Patzer.

Rasender Fanatismus: Der verschärfte Klassen- und Kastenkrieg

In Modis zweiter Amtszeit hat die RSS noch eine Schippe draufgelegt. Sie agiert nicht länger als ein Schattenstaat oder ein Parallelstaat, mittlerweile ist sie der Staat. Jeden Tag sehen wir Beispiele, wie sie Medien, Polizei und Geheimdienste kontrolliert. Besorgniserregend ist, dass sie auch einen beträchtlichen Einfluss auf die Streitkräfte auszuüben scheint. Ausländische Diplomaten und Botschafter strömen zum RSS-Hauptquartier in Nagpur, um ihr den Respekt zu erweisen.

Tatsächlich sind wir an einem Punkt gelangt, an dem offene Kontrolle nicht einmal mehr nötig ist. Über 400 TV-Nachrichtensender, Millionen von WhatsApp-Gruppen und TikTok-Videos halten die Bevölkerung am Tropf des rasenden Fanatismus. Im November 2019 entschied der Oberste Gerichtshof Indiens im "wichtigsten Fall der Welt", wie er zuweilen genannt wurde. Am 6. Dezember 1992 hatte in der Stadt Ayodhya ein Hindu-Bürgerwehr-Mob organisiert von der BJP und dem Vishwa Hindu Parishad (dem Welt-Hindu-Rat, VHP) – eine 450 Jahre alte Moschee wortwörtlich zu Staub zerschlagen. Sie behaupteten, diese Moschee, die Babri Masjid, sei auf den Ruinen eines Hindu-Tempels erbaut worden, dem Geburtsort des Gottes Rama. Der folgenden ethnischen Gewalt fielen über 2000 Menschen zum Opfer, überwiegend Muslime. In seinem jüngsten Urteil befand das Gericht, die Muslime könnten ihren exklusiven und durchgängigen Besitz der Stätte nicht beweisen. Daher übertrug es die Stätte einer Stiftung, mit deren Einrichtung es die BJP-Regierung betraute, die dort einen Hindu-Tempel bauen soll. Kritiker des Urteils wurden massenweise verhaftet. Der VHP blieb hartnäckig bei seinen früheren Aussagen, er werde sich weiterer Moscheen annehmen. Diese Kampagne kann endlos andauern – alles wurde schließlich über etwas gebaut.

Durch den Einfluss, der mit immensem Reichtum einhergeht, gelang es der BJP, ihre politischen Rivalen zu kooptieren, aufzukaufen oder einfach zu zerquetschen. Der härteste Schlag traf die Parteien, deren Wählerbasis bei den Dalit und anderen benachteiligten Kasten in den nordindischen Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar liegt. Sie haben viele ihrer traditionellen Wähler an die BJP verloren. Um dieses Kunststück zu vollbringen – und es ist nichts weniger als das -, arbeitete die BJP hart daran, die Hierarchien innerhalb der Dalit und der benachteiligten Kasten, die über ein eigenes inneres Universum aus Hegemonie und Marginalisierung verfügen, auszubeuten und offenzulegen. Die überquellenden Kassen der BJP und ihr tiefes, listiges Verständnis des Kastenwesens haben die herkömmliche Wahlarithmetik komplett verändert.

Seit sie die Stimmen der Benachteiligten sicher hat, fährt die BJP mit ihren Privatisierungen in Bildungswesen und öffentlichem Sektor rapide alle Fortschritte der Gleichstellungspolitik zurück und drängt die Angehörigen benachteiligter Kasten aus Jobs und Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig verzeichnet das National Crime Records Bureau eine massive Zunahme an Gräueltaten gegen Dalit, darunter Lynchmorde und öffentliche Auspeitschungen. Im vergangenen September, als die Bill and Melinda Gates Foundation Modi für die Errichtung von Toiletten ehrte, wurden zwei Dalit-Kinder, deren Unterkunft bloß aus dem Schutz einer Plastikplane bestand, zu Tode geprügelt, weil sie sich im Freien erleichtert hatten. Es ist grotesk, einen Premierminister für seine Bemühungen um sanitäre Anlagen zu ehren, während Zehntausende von Dalit weiterhin als Straßenkehrer arbeiten – und menschliche Exkremente auf ihren Köpfen wegschaffen.

Wir erleben somit derzeit, neben den offenen Angriffen auf religiöse Minderheiten, einen verschärften Klassen- und Kastenkrieg.

Eine Galerie von Schurken

Um ihre politischen Zugewinne zu konsolidieren, setzen RSS und BJP vor allem darauf, ein langanhaltendes Chaos von industriellem Ausmaß zu schaffen. Sie haben ihre Küche mit einer Reihe brodelnder Kessel versehen, die wann immer es nötig ist schnell zum Kochen gebracht werden können.

Auf einem dieser Kessel steht Kaschmir: Am 5. August 2019 brach das indische Parlament unilateral die grundlegenden Bedingungen des Instrument of Accession, mit dem der frühere Fürstenstaat Jammu und Kaschmir 1947 eingewilligt hatte, Teil von Indien zu werden. Es beraubte Jammu und Kaschmir seiner Eigenstaatlichkeit und seines Sonderstatus, der ihm erlaubte, eine eigene Verfassung und eine eigene Flagge zu besitzen. Die Auflösung der juristischen Person dieses Staates bedeutete auch die Auflösung von Section 35A der indischen Verfassung, der den Bürgern dieses Staates jene Rechte und Privilegien garantierte, die sie zu Verwaltern ihres Gebietes machten. Die Regierung bereitete diesen Zug vor, indem sie über 50000 Soldaten nach Kaschmir einfliegen ließ, zusätzlich zu den hunderttausenden, die dort ohnehin schon stationiert sind. In der Nacht auf den 4. August waren Touristen und Pilger aus dem Kaschmir-Tal evakuiert worden. Schulen und Märkte wurden geschlossen. Mehr als 4000 Menschen wurden verhaftet: Politiker, Unternehmer, Rechtsanwälte, Aktivisten, lokale Anführer, Studenten und drei ehemalige Ministerpräsidenten. Die gesamte politische Klasse Kaschmirs war eingesperrt, selbst jene von ihr, die loyal zu Indien standen. Um Mitternacht wurde das Internet unterbrochen und die Telefone waren tot.

Die Aufhebung von Kaschmirs Sonderstatus, das Versprechen eines all-indischen National Register of Citizens, der Bau eines Rama-Tempels in Ayodhya - sie alle stehen auf den vorderen Platten der RSS- und BJP-Küche. Wollen die Hindu-Nationalisten nachlassende Leidenschaften wieder entfachen. müssen sie bloß einen Schurken aus ihrer Galerie wählen und die Hunde des Krieges von der Leine lassen. Es gibt verschiedene Kategorien von Schurken - Dschihadisten aus Pakistan, Terroristen aus Kaschmir, "Eindringlinge" aus Bangladesch oder irgendjemand von den fast 200 Millionen indischen Muslimen, die man immer beschuldigen kann, Pakistanliebhaber oder antinationale Verräter zu sein. Jede dieser "Karten" nimmt die anderen in Geiselhaft und dient oft als Ersatz für die anderen. Sie haben wenig miteinander zu tun und stehen einander oft feindselig gegenüber, weil ihre Bedürfnisse, Wünsche, Ideologien und Lebenslagen einander nicht nur abträglich sind, sondern am Ende gar eine existentielle Bedrohung füreinander darstellen. Nur weil sie alle Muslime sind, müssen sie jeweils die Konsequenzen aus den Handlungen der anderen erleiden.

Abhängig von der Gnade des Mobs

Bei mittlerweile zwei nationalen Wahlen hat die BJP gezeigt, dass sie eine Parlamentsmehrheit ohne die "muslimischen Stimmen" gewinnen kann. Das führte dazu, dass die indischen Muslime effektiv entrechtet wurden und zur verletzlichsten Gruppen geworden sind – eine Gemeinschaft ohne politische Repräsentation, ohne Stimme. Mit verschiedenen Formen eines unerklärten gesellschaftlichen Boykotts werden sie die wirtschaftliche Leiter heruntergestoßen und, angeblich aus Gründen der körperlichen Sicherheit, in Ghettos gedrängt. Indiens Muslime haben auch ihren Platz in den Mainstreammedien verloren – die einzigen muslimischen Stimmen, die wir in TV-Sendungen hören, sind jene wenigen absurden Personen, die ständig und vorsätzlich eingeladen werden, um die Rolle des primitiven Islamisten zu spielen und so die Dinge noch schlimmer zu machen, als sie es ohnehin schon sind. Abgesehen davon ist die einzig akzeptable öffentliche Äußerung, die der muslimischen Gemeinde noch zukommt, immer wieder ihre Loyalität zur indischen Flagge zu bekunden. Während die Kaschmiris, so verroht sie aufgrund ihrer Geschichte und, wichtiger noch, ihrer Geographie auch sind, immer noch ein Rettungsboot haben - den Traum von azadi, von Freiheit -, müssen die indischen Muslime an Deck bleiben und helfen, das beschädigte Schiff zu reparieren.¹

Wie leckgeschlagen dieses Schiff ist und wie tief die Fäulnis reicht, zeigt der Lynchmord an Tabrez Ansari. Das Lynchen ist die öffentliche Ausführung eines ritualisierten Mordes, bei der ein Mensch getötet wird, um seine

¹ Es gibt eine weitere Kategorie des "antinationalen" Schurken – Menschenrechtsaktivisten, Rechtsanwälte, Studenten, Akademiker, "städtische Maoisten" -, die diffamiert, inhaftiert, in Gerichtsverfahren verwickelt, mit israelischer Spionagesoftware ausgeschnüffelt und, in mehreren Fällen, ermordet wurden. Aber das ist eine andere Geschichte.

Gemeinschaft daran zu erinnern, dass ihre Leben von der Gnade des Mobs abhängen. Und dass die Polizei, das Gesetz, die Regierung – ebenso wie die guten Leute in ihren Häusern, die keiner Fliege etwas zuleide tun könnten, die arbeiten gehen und sich um ihre Familien kümmern – alle Freunde des Mobs sind.

Tabrez wurde im vergangenen Juni gelyncht. Er war ein Waisenjunge, der im Staat Jharkhand von seinen Onkeln aufgezogen wurde. Als Jugendlicher ging er in die Stadt Pune, wo er Arbeit als Schweißer fand. Mit 22 Jahren kehrte er nach Hause zurück, um zu heiraten. Am Tag nach seiner Hochzeit mit der 18jährigen Shahista wurde Tabrez von einem Mob ergriffen, an eine Laterne gebunden, stundenlang geschlagen und gezwungen, den neuen Hindu-Schlachtruf "Jai Shri Ram!" ("Sieg für Prinz Rama!") zu rufen. Schließlich nahm die Polizei Tabrez in Gewahrsam, aber gestattete es seiner verzweifelten Familie und jungen Braut nicht, ihn ins Krankenhaus zu bringen. Stattdessen warfen die Beamten ihm Diebstahl vor und führten ihn vor einen Richter, der ihn wieder ins Gefängnis schickte. Dort verstarb er vier Tage später.

In seinem jüngsten Bericht hat das National Crime Records Bureau alle Daten über Lynchmorde sorgsam ausgespart. Dem indischen Onlinemedium "The Quint" zufolge fielen der Mobgewalt seit 2015 113 Menschen zum Opfer. Doch die Täter und andere, denen Hassverbrechen vorgeworfen werden – bis hin zum Massenmord –, wurden mit öffentlichen Ämtern belohnt und von Ministern aus Modis Kabinett geehrt. Modi selbst, der auf Twitter üblicherweise geschwätzig ist und großzügig Kondolenzbotschaften und Geburtstagsgrüße verteilt, wird immer sehr still, wenn ein Mensch gelyncht wird. Aber vielleicht ist es auch unvernünftig, von einem Premierminister jedes Mal einen Kommentar zu erwarten, wenn ein Hund unter die Räder eines Autos gerät. Vor allem, da es so oft geschieht.

Auf kolonialer Eroberung

Fünf Tage nach Modis Geburtstagsparty am Narmada-Damm versammelten sich 60 000 indische Amerikaner im NRG-Stadion im texanischen Houston. Das dortige "Howdy, Modi!"-Spektakel ist schon jetzt Stoff für urbane Legenden. US-Präsident Donald Trump war so gütig, es einem Premierminister auf Besuch zu gestatten, ihn in seinem eigenen Land, gegenüber seinen eigenen Bürgern als *Special Guest* anzukündigen. Mehrere Mitglieder des US-Kongresses sprachen, ihr Lächeln zu breit, ihre Körper zu anbiedernden Haltungen verbogen. Über ein Crescendo aus Trommelwirbel und wildem Jubel rief die bewundernde Menge "Modi! Modi! Modi!". Am Ende der Show reichten sich Trump und Modi die Hände und gingen auf eine Ehrenrunde. Das Stadion explodierte förmlich. In Indien wurde der Lärm durch die Berichterstattung der TV-Sender tausendfach verstärkt. "Howdy" wurde ein Hindu-Wort. Gleichzeitig ignorierten die Medien die Tausenden von Demonstranten vor dem Stadion.

Doch selbst dem Gebrüll der 60000 im Stadion von Houston gelang es nicht, das ohrenbetäubende Schweigen aus Kaschmir zu überdecken. Dieser 22. September markierte im Tal den 48. Tag von Ausgangssperre und Kommunikationsblockade.

Erneut ist es Modi gelungen, seine ganz eigene Form von Grausamkeit zu entfesseln, in einem Ausmaß, das aus modernen Zeiten unbekannt ist. Und erneut hat ihn das bei seiner lovalen Öffentlichkeit noch beliebter gemacht. Als das indische Parlament am 6. August das Jammu and Kashmir Reorganization Bill verabschiedete, wurde das lagerübergreifend gefeiert. In den Büros wurden Süßigkeiten verschenkt, auf den Straßen wurde getanzt. Man feierte eine Eroberung - eine koloniale Annexion, einen weiteren Triumph der Hindu-Nation. Erneut fiel das Auge der Eroberer auf die zwei urtümlichen Trophäen einer jeden Eroberung – Frauen und Land. Äußerungen führender BJP-Politiker und patriotische Popvideos, die Millionen Aufrufe erzielten, legitimierten diese Schamlosigkeit. Google verzeichnete einen starken Anstieg von Suchen nach den Sätzen "ein Mädchen aus Kaschmir heiraten" und "Land in Kaschmir kaufen".

Doch es blieb keineswegs bei pöbelhaften Google-Suchen. Schon in den ersten Tagen der Belagerung genehmigte das Forest Advisory Committee 125 Projekte zur Nutzung von Waldland für andere Zwecke.

Kaschmir im Informationsvakuum

Zu Beginn der Ausgangssperre drangen nur wenige Nachrichten aus dem Tal. Die indischen Medien teilten uns mit, was die Regierung uns hören lassen wollte. Die Zeitungen aus Kaschmir wurden vollständig zensiert. Sie druckten seitenweise Nachrichten über abgesagte Hochzeiten, die Auswirkungen des Klimawandels, die Erhaltung von Seen und Wildschutzgebieten, Tipps zum Leben mit Diabetes – und auf der Titelseite Werbeanzeigen der Regierung über die Vorzüge, die Kaschmirs neuer, heruntergestufter Rechtsstatus seinen Bürgern bescheren würde. Zu diesen "Vorzügen" gehört wohl der Bau großer Dämme, die das Wasser der Flüsse, die durch Kaschmir fließen, kontrollieren und beschlagnahmen werden. Dazu kommen mit Sicherheit die Erosion durch Abholzung, die Zerstörung des fragilen Ökosystems des Himalajas und die Plünderung des großzügigen natürlichen Reichtums Kaschmirs durch indische Konzerne.

Ernsthafte Berichte über das Leben gewöhnlicher Bürger kamen überwiegend von den Journalisten und Fotografen, die für internationale Medien arbeiten - Agence France-Presse, Associated Press, "Al Jazeera", "The Guardian", BBC, "New York Times" und "Washington Post". Ihre Reporter waren zumeist Kaschmiris, die in einem Informationsvakuum arbeiteten und denen keines der Mittel zur Verfügung stand, über die heutige Journalisten normalerweise verfügen. Sie reisten durch ihre Heimat und gingen ein großes Risiko ein, um uns mit Nachrichten zu versorgen. Und diese Nachrichten kündeten von nächtlichen Razzien, von jungen Männern, die zusammengetrieben und stundenlang geschlagen wurden, wobei ihre Schreie über Lautsprecher übertragen wurden, damit ihre Nachbarn und Familien zuhören konnten. Sie kündeten von Soldaten, die in die Häuser der Dorfbewohner eindrangen und Dünger und Petroleum über ihre Wintervorräte kippten. Sie kündeten von Teenagern, deren mit Schrot gespickte Körper zu Hause behandelt wurden, weil sie bei einem Krankenhausbesuch die Verhaftung riskiert hätten. Sie kündeten von hunderten Kindern, die in der Schwärze der Nacht weggebracht wurden, von durch Verzweiflung und Angst geschwächten Eltern. Sie kündeten von Furcht und Wut, Depression, Verwirrung, stählerner Entschlossenheit und glühendem Widerstand.

Doch Innenminister Amit Shah erklärte, die Belagerung gebe es nur in der Phantasie der Leute. Der Gouverneur von Jammu und Kaschmir, Satya Pal Malik, sagte, Telefonleitungen seien für die Kaschmiris ohne Bedeutung und würden nur von Terroristen genutzt. Und Armeechef Bipin Rawat verkündete: "Das normale Leben in Jammu und Kaschmir ist nicht betroffen. Die Menschen verrichten ihre notwendige Arbeit. [...] Jene, die Auswirkungen spüren, sind die, deren Überleben vom Terrorismus abhängt." Es ist unschwer zu ermitteln, wen genau die indische Regierung als Terroristen betrachtet.

Eine neue Phase des Konflikts

Stellen Sie sich vor, über ganz New York City würden eine Informationsblockade und eine Ausgangssperre verhängt, die von Hunderttausenden von Soldaten kontrolliert werden. Stellen Sie sich vor, die Straßen Ihrer Stadt würden mit Stacheldraht und Folterzentren neu gezeichnet. Stellen Sie sich vor. dass Mini-Abu-Ghraibs in Ihrer Nachbarschaft auftauchen würden. Stellen Sie sich vor, Tausende von Ihnen würden verhaftet und Ihre Familien wüssten nicht, wohin man sie gebracht hat. Stellen Sie sich vor, sie könnten über Wochen mit niemandem kommunizieren, nicht mit ihren Nachbarn, nicht mit ihren Lieben außerhalb der Stadt, mit niemandem in der Außenwelt. Stellen Sie sich vor, Banken und Schulen sind geschlossen, Kinder zu Hause eingesperrt. Stellen Sie sich vor, ihre Eltern, Geschwister, Partner oder Kinder sterben und sie erfahren es wochenlang nicht. Stellen Sie sich die medizinischen, psychologischen, juristischen Notfälle vor, die Verknappung von Essen, Geld und Benzin. Stellen Sie sich vor, sie seien ein Tagelöhner oder Vertragsarbeiter, der wochenlang nichts verdient. Und dann stellen Sie sich vor, man sagt Ihnen, all das wäre zu Ihrem eigenen Besten.

Die Schrecken, die die Kaschmiris in den vergangenen Monaten erlitten haben, fügen sich zum Trauma eines über dreißig Jahre andauernden bewaffneten Konflikts, der schon 70000 Leben gefordert hat und ihr Tal mit Gräbern bedeckt. Sie haben durchgehalten, als alles auf sie geworfen wurde – Krieg, Geld, Folter, massenhaftes Verschwinden, eine Armee von über einer halben Million Soldaten und eine Schmierenkampagne, in der eine ganze Bevölkerung als mörderische Fundamentalisten dargestellt wurde. Die Belagerung dauert jetzt schon über drei Monate an. Die Anführer der

Kaschmiris sind immer noch im Gefängnis. Die Entlassung wird ihnen nur unter einer einzigen Bedingung angeboten: Sie müssen eine Verpflichtung unterschreiben, dass sie ein ganzes Jahr lang keine öffentliche Erklärung abgeben werden. Die meisten haben das abgelehnt.

Inzwischen wurde die Ausgangssperre gelockert, die Schulen haben wieder geöffnet und einige Telefonleitungen wurden wieder hergestellt. Die "Normalität" wurde erklärt. Aber in Kaschmir ist die Normalität immer eine Erklärung – eine Anordnung von Regierung oder Armee. Mit dem täglichen Leben der Menschen hat sie wenig zu tun.

Bislang weigern sich die Kaschmiris, diese neue Normalität zu akzeptieren. Die Klassenräume sind leer, die Straßen verlassen und die Rekord-Apfelernte verrottet in den Obstgärten. Was wäre für Eltern oder Bauern schwerer zu ertragen? Vielleicht die drohende Auslöschung ihrer Identität.

Die neue Phase des Kaschmirkonflikts hat bereits begonnen. Kämpfer warnen, von jetzt an würden alle Inder als legitime Ziele betrachtet. Mehr als zehn Menschen, zumeist arme, nicht-kaschmirische migrantische Arbeiter, wurden bereits erschossen. (Ja, es sind die Armen, fast immer die Armen, die in die Schusslinie geraten.) Es wird hässlich werden. Sehr hässlich.

Bald wird all diese jüngste Geschichte vergessen sein und es wird erneut Debatten in Fernsehstudios geben, die die Gräueltaten der indischen Sicherheitskräfte und der kaschmirischen Kämpfer gleichsetzen. Wenn man über Kaschmir spricht, werden die indische Regierung und ihre Medien sofort etwas über Pakistan erzählen und dabei vorsätzlich die Missetaten eines feindlichen ausländischen Staates mit den demokratischen Bestrebungen gewöhnlicher Menschen, die unter militärischer Besatzung leben, in Verbindung bringen. Die indische Regierung hat klargemacht, dass die einzige Option für die Kaschmiris in der vollständigen Kapitulation besteht, dass keine Form des Widerstands akzeptabel ist - gewalttätig, friedlich, gesprochen, geschrieben oder gesungen. Doch die Kaschmiris wissen: Um zu existieren, müssen sie sich wehren.

Warum sollten sie ein Teil Indiens sein wollen? Aus welchem denkbaren Grund? Wenn sie Freiheit wollen, dann sollten sie Freiheit haben.

Das sollten auch die Inder wollen. Nicht für die Kaschmiris, sondern um ihrer selbst willen. Die in ihrem Namen begangene Gräuel führt zu einem Verfall, den Indien nicht überleben wird. Kaschmir mag Indien nicht besiegen können, aber es wird Indien verzehren. In vielerlei Hinsicht hat es das schon.

Ende des ersten Teils; Teil II folgt in der Februar-Ausgabe.